

Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich sFr. 260.—, halbjährlich sFr. 140.—, vierteljährlich sFr. 70.—, monatlich sFr. 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—, Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St. Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 115, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / sFr. 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzelle (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 115, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St. Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Dienstag, 18. November 1969

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

102. Jahrgang — Nr. 170

Wo sind die Alternativen der Union?

Die Vaterländische Union macht es sich leicht, wenn sie von Ablösung und Regierungswechsel spricht!

Die «Vaterländische Union» drängt (nach ihren eigenen Worten) auf Ablösung. Das «Liechtensteiner Vaterland» als Organ der Partei verkündet mit aufwendiger Intensität, in Liechtenstein fehle es an allen Ecken und Enden, in sämtlichen Amtsstellen und Landesbüros sei der Wurm drin, und die Regierung (in der notabene auch Vertreter der «Vaterländischen Union» sitzen) vermöge den ihr gestellten Aufgaben keineswegs gerecht zu werden.

Würde man seine Informationen über das Befinden Liechtensteins nur aus dem «Liechtensteiner Vaterland» beziehen, man müsste glauben, das Staatsboot sei am Sinken, die Liechtensteiner allesamt am Versaufen. Die offiziellen Vertreter der Union, das sogenannte

Team, spielen sich auf, als gelte es Liechtenstein vor dem Chaos zu retten.

Dabei wird auch dem letzten Bewohner unseres Landes nicht verborgen geblieben sein, dass die nun schon über 40 Jahre dauernde Mehrheit der Bürgerpartei von einem ausserordentlichen und kontinuierlichen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg begleitet war, dessen Kurve in den letzten Jahren sogar noch rasanter anstieg. Niemand wird es auch entgangen sein, dass unter der Verantwortung der «Fortschrittlichen Bürgerpartei» in der letzten Legislaturperiode des Landtages zahlreiche Reformprogramme, Gesetzestexte und Vertragswerke in Angriff genommen und zum guten Ende geführt wurden.

Trotz planerischer Inaktivität und gelegentlicher Störaktionen seitens der Regierungsvertreter der «Vaterländischen Union» konnte jener jüngst im «Liechtensteiner Vaterland» erhobenen Forderung, alte Formen müssten stets in Frage gestellt und für neue Probleme neue Lösungen gesucht werden, nachgelebt werden.

Doch damit sind wir bei den entscheidenden Fragen angelangt, die an die «Vaterländische Union» zu richten sind: Was darf ein Wähler von einer bisherigen Minderheitspartei, die einen Führungsanspruch anmeldet, erwarten?

Zwei Dinge sind es vor allem

Erstens möchte man gerne wissen, welche Initiativen und Aktivitäten von dieser Partei entwickelt worden sind, welche Rolle sie bei der Gestaltung der Geschichte dieses Landes spielte. Diese Betrachtung dürfte es ermöglichen, sich ein Bild darüber zu machen, was wir in der Zukunft zu erwarten haben von dieser Partei.

Zweitens möchte man aufgeklärt sein über die Personen, in deren Hände die Führung des Staates gelegt werden soll. Denn es lässt sich nun einmal nicht bestreiten, dass die Regierungspolitik einer Partei so gut oder schlecht ist wie die Vertreter, die sie planen und ausführen.

Beim Versuch, auf all diese an die «Vaterländische Union» gestellten Fragen eine klare Antwort zu erhalten, tut sich nun leider ein unübersehbares Vakuum auf. In der Ausgabe vom 28. Juni 1969 schreibt das «Liechtensteiner Vaterland» programmatisch:

«Erste Obliegenheit einer Partei muss es sein, alle Probleme unserer Zeit und unseres Staates dem Bürger so darzubieten, dass er eine Alternative zu anderen Parteien erkennt und sich nicht nur gefühlsmässig, sondern auch rational entscheiden kann.»

Dazu kann man nur sagen: bravo! Wo aber blieben die echten Alternativen und Programme, die man seitens der «Vaterländischen Union» aufzeigte, welches waren die neuen Wege, die man zu gehen vorschlug, wo blieben die Ideen, aufgrund deren sich der Wähler nicht gefühlsmässig, sondern vor allem rational entscheiden kann, wie es das «Vaterland» fordert?

Ist mit Konzept und Alternative etwa jene rein emotionale ausgerichtete Schreibweise des Vaterland-Teams gemeint, in dem ausländische Redaktoren und Persönlichkeiten grundlos beleidigt werden? Ist es jene lächerliche Wühlarbeit in den Staatsämtern, die in anonymen Wochenendglossen unternommen werden. Sollen wir etwa aufgrund jener nach einem allzu einfachen Schema — bald anmassend, bald jammern — geschriebenen Artikel die Zukunft ansteuern. Oder auf der Basis jener Anwürfe an die Adresse liechtensteinischer Amtsstellen, die man dann mit dem Ausdruck des «Bedauerns» wieder zurücknehmen musste?

Was denken jene Liechtensteiner, die wissen, was arbeiten und planen heisst und was die Zukunft für Forderungen bereithält, über ein solches Angehen der Zukunft?

Es ist in unserem Lande bekannt, dass die Vertreter der «Vaterländischen Union» in der Regierung die Gelegenheit verpasst haben, Vertrauen in ihre Fähigkeiten in der Bevölkerung zu wecken.

Nachdem sie ihre Arbeit leider allzusehr auf reine und wenig überlegte Opponenten und Bremsen verlegten, nachdem sie in die Zukunft weisende Vorhaben und Initiativen bekämpften,

Tribüne der freien Meinung

Öffentliches Forumgespräch

Laut Landtagsbericht in der Samstagausgabe schlug der Abgeordnete Dr. Peter Marxer die Wiederholung der Jungbürgerfeier unter neuen Vorzeichen vor. Der letzte und (seit der neuen Regelung) vorletzte Jahrgang soll zu einem Forumgespräch mit der Regierung eingeladen werden. — Sollte man dieses Forumgespräch nicht öffentlich veranstalten und dazu auch die anderen Jugendlichen einladen? Schliesslich können wir nichts dafür, dass wir schon vor zwei (oder mehr) Jahren 21 wurden. (Jr)

die heute zur vollen Zufriedenheit der Bevölkerung durchgeführt sind, muss es sie nicht wundern, wenn auch bei genauem Hinsehen kaum Alternativen zu entdecken sind.

Die Zeitung der «Vaterländischen Union» hat in den letzten Monaten den Vertretern der «Fortschrittlichen Bürgerpartei» immer wieder vorgeworfen, sie regiere mit zu starker Hand. Aus der Sicht derjenigen, die ohne ein klar erkennbares und durchdachtes Konzept an die Arbeit schreiten, muss dies wohl so erscheinen. Jede leitende Persönlichkeit aber, sei es aus Industrie, Wirtschaft oder Gewerbe, wird bestätigen, dass zum Wohle eines grösseren gemeinschaftlichen Interesses klare Konzeptionen erarbeitet und mit der nötigen Zielbewusstheit verfolgt werden müssen. Natürlich ist es einfacher, zu allen möglichen Problemen ein «Ja» und ein «Nein» zu sagen, aber auf die Dauer bedeutet dies klar erkennbaren Rückschritt und Schaden für uns alle.

Es ist offensichtlich, dass die Vertreter der Union in der Regierung in den letzten Jahren sich kaum bewusst waren, welches nun ihre Rolle sei: Opposition oder konstruktive Mitarbeit, rein verzögernde Passivität oder die Aufgabe, für die Probleme der Zukunft Lösungen auszuarbeiten und vorzuschlagen.

Das gleiche Dilemma spiegelt sich auch im Organ der Union, im «Liechtensteiner Vaterland» (Fortsetzung Seite 2)

von Tag zu Tag

Nachdem uns das «Liechtensteiner Vaterland» schon vorwarf, wir hätten die blaue Farbe bei ihm kopiert (wohl weil es sie selbst erfunden hat), passierte uns im gleichen Zusammenhang ein neues Missgeschick: Seit Samstag ist das Farbwerk unserer Rotation in Panne, so dass wir noch einige Tage ohne Farbdruk auskommen müssen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Vor einiger Zeit stellte das Union-Organ fest, dass eine Partei Alternativen bieten müsse, die nicht nur auf dem Gefühlsmässigen aufgebaut seien. Mit den Alternativen, die es in der Union während der letzten Jahre leider nie gegeben hat, befassen wir uns an erster Stelle der heutigen Ausgabe (Seite 1 und 2).

Die Stellung des liechtensteinischen Arbeiters und seine wichtige Funktion während der Aufbaujahre nach dem Krieg stehen im Mittelpunkt unseres heutigen Beitrages zum Thema: «Unsere Arbeiter haben Erfolg verdient».

Berichte aus der Landtagssitzung vom Freitag mit einer Stellungnahme zum Angriff des Abgeordneten Roman Gassner auf die Pressefreiheit finden Sie heute auf den Seiten 2 und 3. Auf Seite 3 stellen wir Ihnen ausserdem den neuen Redaktor des «Liechtensteiner Vaterland» vor.

Am Sonntagmittag fand im Hotel Riet in Balzers die diesjährige Delegiertentagung des liechtensteinischen Jungmannschaftsverbandes statt. Lesen Sie dazu unseren Beitrag auf Seite 4 der heutigen Ausgabe.

Meldungen und Berichte zum Sportgeschehen des Wochenendes finden Sie wie immer auf Seite 5. Aktuelle Berichte zu den wichtigsten Ereignissen des Auslandes haben wir auf Seite 8 zusammengefasst. Eine Reportage zum derzeitigen Mondflug finden Sie auf Seite 11.

Bei Temperaturen zwischen 5 und 10 Grad sinkt die Schneefallgrenze auf 800 Meter. Bevölkerungszunahme und Regen kennzeichnen die nächsten Tage.

Namenstage: Heute Dienstag: Roman, Eugen. Morgen Mittwoch: Elisabeth, Mechthild.

Für Ihre Bankgeschäfte

Verwaltungs- & Privatbank Aktiengesellschaft
Vaduz Tel. 075 / 8 31 31

Unsere Arbeiter haben Erfolg verdient

Wirtschaftlicher Aufbau war nur dank dem Verantwortungsbewusstsein der liechtensteinischen Arbeiter möglich!

● Wenn wir heute auf den wirtschaftlichen Aufbau seit 1945 zurückblicken und mit Genugtuung sagen dürfen, dass wir den Wandel vom ehemaligen Agrarland zum heutigen Industriestaat in einer Umgebung des wirtschaftlichen- und gesellschaftspolitischen Friedens hinter uns gebracht haben, so kommt dabei einer Bevölkerungsgruppe ein besonders grosses Verdienst zu: der liechtensteinische Arbeiterschaft.

War es in den ersten Jahren nach dem Krieg für eine grosse Zahl unserer Arbeitnehmer noch typisch, wenn sie neben ihrer Arbeit auch ein kleines, landwirtschaftliches Gut betreiben, so verlagerte sich dieses Bild in den folgenden Jahren immer mehr, zugunsten des Arbeiters, im echten Sinne des Wortes. Die Zahl der Arbeiter, die ausser ihrer Arbeitskraft kein ererbtes Vermögen oder andere Einkunftsquellen mehr besaßen, vergrösserte sich mit der aufstrebenden Entwicklung unserer Industrie.

● Diesem gesellschaftspolitischen Strukturwandel war deshalb von Anfang an besonderes Augenmerk zu schenken. Es galt die veränderte Stellung des Arbeiters in Liechtenstein zu berücksichtigen und wirkungsvolle Massnahmen zu treffen, um seine Existenz und die Existenz seiner Familie zu sichern.

Die Einführung der AHV bedeutete einen ersten Schritt in diese Richtung. Sie garantierte Vorsorge im Alter und bei Todesfall für die Hinterlassenen. Mit dem Verzicht auf die Besteuerung der Personalfürsorgestiftungen in den Betrieben leistete der Staat eine weitere Hilfe zur Selbsthilfe.

● Das Gesetz über die Förderung des Baues von Eigenheimen ermöglichte den Bau von ei-

genen Häusern und die Schaffung von Eigentum in Arbeiterhand. Mehr als 80 Prozent aller staatlich geförderten Eigenheime befinden sich im Besitz von Arbeiterfamilien.

Die vom Sparprämiengesetz garantierten Zusatzleistungen des Staates für Spareinlagen sind so konzipiert, dass sie in erster Linie dem Arbeitnehmer in der mittleren und unteren Einkommenskategorie zugute kommen.

● Die Einführung der staatlichen Invalidenversicherung schützt den Arbeiter vor den materiellen Folgen der Invalidität und garantiert seinen Kindern im Falle von Geburtsgebrechen bestmögliche medizinische Hilfe und Ausbildung ohne Einschränkung.

Die Einführung der Pflichtversicherung bei Betriebs- und Nichtbetriebsunfall, sowie die Pflichtversicherung bei Krankheit dienen in allererster Linie dem Arbeiter. Auf beiden Sektoren werden derzeit neue Verbesserungen geschaffen: Verbesserungen und progressive Anpassung der Unfallversicherungsrenten, Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Ehefrauen und Kinder bis zu 15 Jahren.

● Die Einführung der Kinderzulagen und ihre Verbesserungen brachten nicht nur direkte Beihilfen. Ihre Übernahme durch den Staat bedeutete mehr Unabhängigkeit vom Arbeitgeber mit allen daraus resultierenden Vorteilen für den Arbeiter.

Vor drei Jahren gab sich unser Land ein eigenes Arbeitsgesetz, das die Arbeit in Industrie Handel und Gewerbe regelt und die Rechte des Arbeiters genau umschreibt. Das umfangreiche Gesetzeswerk regelt die Gesundheitsvorsorge und die Unfallverhütung auf dem Arbeitsplatz, es schreibt Arbeits- und Ruhezeiten vor, garan-

tiert dem Arbeitnehmer gerechte Entlohnung bei Ueberstunden und enthält Sonderbestimmungen zum Schutz der Jugendlichen und Frauen, die im Arbeitsprozess stehen.

Obwohl auch in naher Zukunft keine Anzeichen einer grossen Krise vorhanden sind, wurde vor einigen Monaten auch die Arbeitslosenversicherung gesetzlich geregelt. In Zeiten der Hochkonjunktur kommt der Arbeitslosenversicherung namentlich im Rahmen von Strukturänderungen grosse Bedeutung zu. Umstrukturierungen können auch heute zu vorübergehender Arbeitslosigkeit führen, gegen die es den Arbeiter und seine Familie zu sichern galt.

Die neue Steuergesetzvorlage wird der Situation des Arbeiters noch mehr als bisher gerecht. Bessere Abzugsmöglichkeiten und eine Erweiterung der Progressionsskala begünstigen vor allem die mittleren und kleinen Einkommen. Die heutige Stipendienordnung und das neue Bildungskonzept mit der darin enthaltenen Schulreform garantieren dem Arbeiterkind die gleichen Bildungschancen, wie jedem anderen.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau unseres Landes war nur dank dem Verantwortungsbewusstsein unserer Arbeiterschaft denkbar und möglich.

● Gerade weil unser Arbeiter stets Verständnis und Entgegenkommen zeigte, sind seine Verdienste um unseren heutigen Wohlstand grösser als man gemeinhin annimmt. Wenn der liechtensteinische Arbeiter heute und in Zukunft am Erfolg in vollem Umfange teilhaben kann und soll, so entspricht dies einem echten und gerechtfertigten Anspruch für den die verantwortlichen Politiker dieses Landes jederzeit und immer einzutreten haben.